

Zuwanderung leistet einen großen Beitrag zur Wertschöpfung im Osten

Wido Geis-Thöne / Benita Zink, 14.08.2026

Insgesamt trugen Beschäftigte ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Jahr 2025 rund 68,3 Milliarden Euro oder 10,5 Prozent zur Wertschöpfung in Ostdeutschland bei. Dabei gehen nicht nur altersbedingt zunehmend Arbeitskräfte verloren, sondern es zeichnet sich auch eine Rückwanderungsbewegung in die neuen EU-Mitgliedsländer ab. Daher muss die Zuwanderung von Arbeitskräften aus Drittstaaten gestärkt werden.

Ohne Zuwanderung würde die Arbeitskräftebasis in Ostdeutschland demografiebedingt stark schrumpfen. So haben die sechs ostdeutschen Bundesländer zusammen zwischen Dezember 2023 und Dezember 2025 rund 141.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit deutscher Staatsangehörigkeit verloren. Dies ist ein Rückgang um 2,5 Prozent. Demgegenüber steht eine Zunahme der Zahl der Beschäftigten ohne deutsche Staatsangehörigkeit um 90.000. Dadurch belief sich der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in den sechs ostdeutschen Bundesländern insgesamt auf lediglich 52.000 Personen (die Abweichung zur Differenz der genannten beiden Werte ist rundungsbedingt) oder 0,8 Prozent. Deutschlandweit ist die Gesamtbeschäftigung dagegen sogar um 0,2 Prozent gestiegen und die Beschäftigung von deutschen Staatsangehörigen nur um 1,4 Prozent zurückgegangen. Besonders stark ging die Zahl der Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit zwischen Dezember 2023 und Dezember 2025 in Thüringen mit 3,2 Prozent, in Sachsen-Anhalt mit 3,1 Prozent und in Sachsen mit 2,6 Prozent

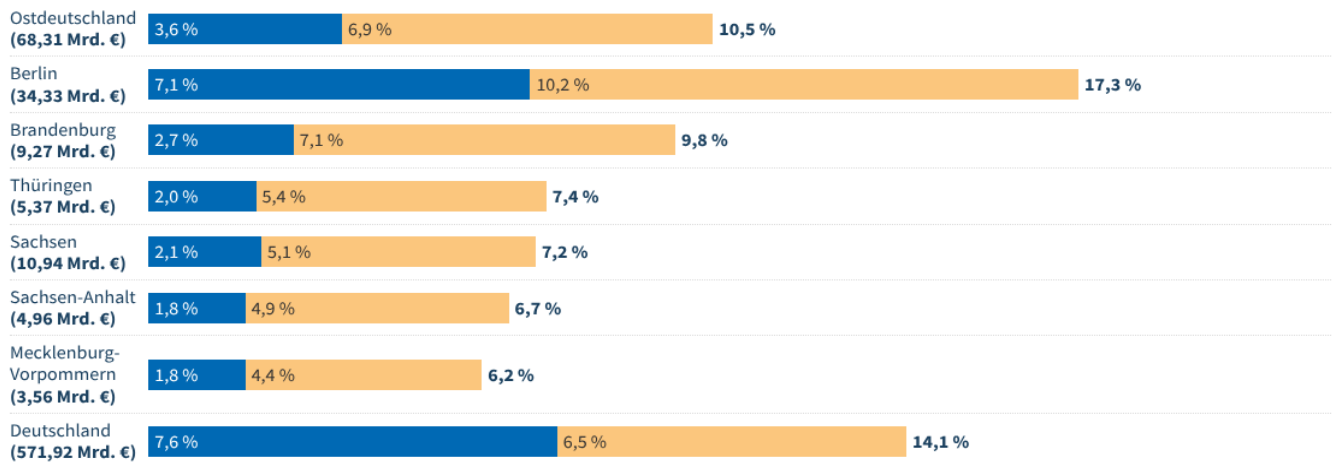
zurück. Etwas moderater waren die Rückgänge mit jeweils 2,0 Prozent in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern und Berlin mit 2,1 Prozent (Bundesagentur für Arbeit, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen).

Betrachtet man einen längeren Zeitraum von zehn Jahren, war der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung deutscher Staatsangehöriger in Ostdeutschland mit 22.000 Personen oder 0,4 Prozent zwischen Dezember 2015 und Dezember 2025 wesentlich kleiner. Allerdings geht dies zu bedeutenden Teilen darauf zurück, dass Berlin in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre noch eine gänzlich andere Entwicklung erlebt hat. Dort stieg die Beschäftigung deutscher Staatsangehöriger im Zehnjahreszeitraum sogar um 10,0 Prozent. Hingegen waren die Rückgänge im Zehnjahreszeitraum mit 8,1 Prozent in Thüringen und mit 5,3 Prozent in Sachsen-Anhalt wesentlich größer als im Zweijahreszeitraum. Etwas kleiner waren sie mit 1,7 Prozent in Sachsen, mit 1,3 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern und mit 0,7 Prozent in Brandenburg (Bundesagentur für Arbeit, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen).

Lag der Anteil der nicht deutschen Staatsangehörigen an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Ostdeutschland im Dezember 2015 noch bei 4,8 Prozent, waren es im Dezember 2025 bereits 13,3 Prozent. Berlin nimmt erneut eine Sonderstellung ein. Dort hatte der Wert im Dezember 2015 bereits bei 11,1 Prozent

Wertschöpfungsbeiträge der Beschäftigten ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Ostdeutschland

In Prozent der gesamten Wertschöpfung im Jahr 2025



■ Im Dezember 2015 bereits erreichter Beschäftigungsstand ■ Seit Dezember 2015 hinzugekommene Beschäftigte

Quelle: Berechnungen der IW Consult mit dem ORBIT-Modell auf Basis von Bundesagentur für Arbeit (2026) und Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2026)

gelegen, hat sich aber dennoch nochmals verdoppelt und im Dezember 2025 ein Niveau von 22,4 Prozent erreicht. In den anderen ostdeutschen Bundesländern haben sich die Anteile der Beschäftigten ohne deutsche Staatsangehörigkeit jeweils mehr als verdreifacht und sind in Brandenburg von 3,9 Prozent auf 13,1 Prozent, in Thüringen von 2,8 Prozent auf 10,2 Prozent, in Sachsen von 2,8 Prozent auf 9,4 Prozent, in Sachsen-Anhalt von 2,3 Prozent auf 8,9 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern von 2,4 Prozent auf 8,1 Prozent gestiegen (Bundesagentur für Arbeit, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen).

Damit einhergehend leisten die Beschäftigten ohne deutsche Staatsangehörigkeit inzwischen einen sehr großen Beitrag zur gesamten Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland. Ihre unmittelbare Bruttowertschöpfung lässt sich für das Jahr 2025 auf 68,3 Milliarden Euro oder 10,5 Prozent des Gesamtwerts in Ostdeutschland beziffern, wobei hier die geringfügig Beschäftigten mitberücksichtigt sind. Über die Verflechtung der Produktionsprozesse und durch Konsumausgaben beeinflusst die Beschäftigung der ausländischen Staatsangehörigen auch die Wertschöpfung in Wirtschaftsbereichen, in denen die betreffenden Personen nicht unmittelbar tätig sind. Nimmt man diese indirekten und induzierten Effekte mit in den Blick, erhöht sich der Wertschöpfungsbeitrag auf 92,4 Milliarden Euro oder 14,3 Prozent.

Wären in Ostdeutschland heute noch nur so viele Beschäftigte ohne deutsche Staatsangehörigkeit tätig, wie im Jahr 2015, läge ihr unmittelbarer Beitrag zur Wertschöpfung nur bei 23,5 Milliarden Euro (Stand: 2025). Rund zwei Drittel des Beitrags der nicht deutschen Staatsangehörigen zur Wirtschaftsleistung entfallen also auf erst in den letzten zehn Jahren hinzugekommene Beschäftigte. Dabei ist der mögliche Beitrag der besseren Arbeitsmarktintegration beschränkt, sodass es sich weit überwiegend um Personen handeln muss, die in dieser Zeit neu zugewandert sind. Der Anteil des unmittelbaren Wertschöpfungsbeitrags dieser seit dem Jahr 2015 hinzugekommenen ausländischen Arbeitskräfte an der Gesamtwertschöpfung lag in Ostdeutschland im Jahr 2025 bei 6,9 Prozent. In Berlin waren es 10,2 Prozent, in Brandenburg 7,1 Prozent, in Thüringen 5,4 Prozent, in Sachsen 5,1 Prozent, in Sachsen-Anhalt 4,9 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern 4,4 Prozent (siehe Abbildung).

Unter den insgesamt 845.000 ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ostdeutschland stellten im Dezember 2025 die polnischen Staatsangehörigen mit 137.000 Personen oder 16,2 Prozent die größte Gruppe dar. Dabei lag ihr Anteil in Sachsen-Anhalt, das keine Außengrenze zu Polen hat, mit 18,4 Prozent sogar noch höher. Auf die seit dem Jahr 2004 der EU beigetretenen Länder entfielen in Ostdeutschland 29,9 Prozent der ausländischen Beschäftigten und in

Sachsen-Anhalt 34,8 Prozent (Bundesagentur für Arbeit, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen). Für die Arbeitsmärkte könnte dies zum Problem werden, da seit dem Jahr 2024 eine zunehmende Rückwanderungsbewegung in die neuen EU-Mitgliedsländer, insbesondere auch nach Polen, zu beobachten ist, deren Gründe vorwiegend in der dortigen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung liegen dürften (Geis-Thöne, 2025). 7.800 Beschäftigte aus den neuen EU-Mitgliedsländern hat Ostdeutschland zwischen Dezember 2023 und Dezember 2025 bereits verloren (Bundesagentur für Arbeit, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen).

Die zweitgrößte Gruppe ausländischer Beschäftigter stellen in Ostdeutschland mit einem Anteil von 7,4 Prozent und in Sachsen-Anhalt mit 10,4 Prozent die ukrainischen Staatsangehörigen dar. Bei diesen ist noch ein deutlicher Anstieg zu erwarten, da der Integrationsprozess der ukrainischen Geflüchteten weiter voranschreitet und derzeit auch noch in größerem Maße Personen aus der Ukraine nach Deutschland kommen. Anders ist die Situation bei den Geflüchteten aus dem außereuropäischen Bereich. Dabei kommen die acht Hauptherkunftsländer Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien zusammen in Ostdeutschland auf 12,7 Prozent der ausländischen Beschäftigten und in Sachsen-Anhalt auf 18,0 Prozent (Bundesagentur für Arbeit, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen). Hier zeigt sich im letzten Jahr ein starker Rückgang der Zuzüge, der teilweise auf die Verschärfung der Migrationspolitik in Deutschland und Europa und teilweise auf eine veränderte Lage in den Herkunftsländern, insbesondere den Machtwechsel in Syrien, zurückgeht (Geis-Thöne, 2026).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in Ostdeutschland in den nächsten Jahren nicht nur die in den Ruhestand übergehenden Beschäftigten, sondern auch rückwandernde Personen aus den neuen EU-Mitgliedsländern zu substantiellen Lücken an den Arbeitsmärkten führen könnten. Gelingt es nicht, diese mit erwerbsorientierter Zuwanderung aus außereuropäischen Drittstaaten zu schließen, könnte sich das sehr negativ auf den Wohlstand auswirken. Damit einhergehend könnte sich auch die Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen, etwa im pflegerischen Bereich, verschlechtern.

Ermittlung der Wertschöpfungsbeiträge

Den Berechnungen liegt eine nach Branchen differenzierte Betrachtung zugrunde. Dabei wird angenommen, dass die Produktivität ausländischer Beschäftigter dem durchschnittlichen Produktivitätsniveau aller Erwerbstätigen in den jeweiligen Branchen entspricht. Bei dieser Berechnung werden Selbstständige ohne deutsche Staatsangehörigkeit nicht mitberücksichtigt, obwohl sie einen Beitrag zur Wertschöpfung leisten – der Wertschöpfungsanteil ist daher als untere Grenze des gesamten Beitrags von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit zu verstehen. Die indirekten und induzierten Effekte wurden mithilfe des Input-Output-Modells ORBIT der IW Consult (siehe z. B. Hönig/Zink, 2025) berechnet und anschließend anhand regionaler Bezugsanteile sowie der jeweiligen Wirtschaftsstrukturen auf die Bundesländer verteilt. Um Doppelzählungen bei den indirekten Effekten zu vermeiden, wurden dabei ausschließlich Beiträge von Vorleistungsindustrien berücksichtigt, die nicht bereits im direkten Effekt enthalten sind.

Literatur

Bundesagentur für Arbeit, 2026 Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (Quartalszahlen), Deutschland, Stichtag 31. Dezember 2025, Nürnberg

Bundesagentur für Arbeit, versch. Jg., Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten (Quartalszahlen), Deutschland, Länder und Kreise, Nürnberg

Geis-Thöne, Wido, 2025, Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern: Eine Erfolgsgeschichte geht zu Ende. Eine Betrachtung der Entwicklung und Auswirkungen am deutschen Arbeitsmarkt, IW-Report, Nr. 29, Köln

Geis-Thöne, Wido, 2026, Migrationswende: Mehrere Entwicklungen spielen zusammen, IW-Kurzbericht, Nr. 46, Köln

Hönig, Tillman / Zink, Benita, 2025, Der ökonomische Impact der Logistikunternehmen in Duisburg, Studie für die Stadt Duisburg, Köln

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2026, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, <https://www.statistikportal.de/de/vgrdl/publikationen> [29.7.2026]